Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 65 (1985)
Heft: 9

Artikel: Vom Kult des Sonderfalls
Autor: Wuffli, Heinz R.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-164256

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Heinz R. Wuffli

Vom Kult des Sonderfalls

Im März 1986 soll das Schweizervolk über den Beitritt zur Organisation der Vereinten Nationen entscheiden. Diese Frage wird zwar kaum so tiefe Emotionen aufwühlen wie im Mai 1920 die Abstimmung über den Eintritt in den Völkerbund. Doch dürfte das bevorstehende Plebiszit reichlich Anlass geben, unsern vielgeübten *Kult des Sonderfalls* von neuem zu pflegen.

Schweizerisches Reduitdenken

Gewiss, wir sind seit den zwanziger Jahren in materieller Hinsicht weit *weltverbundener,* und auch *weltabhängiger,* geworden, sei es im Aussenhandel und namentlich im Dienstleistungsverkehr oder neuerdings im Umweltschutz. Das zeigt sich schon im Strukturwandel bei den Erwerbstätigen, deren Anteile sich seit 1920 stark verschoben haben: heute arbeiten noch 6 % gegen seinerzeit 26 % in der Landwirtschaft, 37 % gegenüber 45 % in der Industrie, aber 57 % gegenüber 29 % in der Dienstleistung. Fast die Hälfte des Volkseinkommens stammt aus der Aussenwirtschaft. Unsere Abhängigkeit vom internationalen Geschehen wird aber auch sichtbar bei der Währungsproblematik, der gefährdeten Freiheit des Güterverkehrs oder der Energieversorgung. Und im Wissens- und Kulturaustausch hat sich das Beziehungsgeflecht, das früher auf Europa zentriert war, längst über alle Meere hin ausgedehnt.

Aber wenn nicht alles täuscht, wird der seelische und gemüthafte Bereich, der vom Untergrund her die politischen Kräfte treibt, nach wie vor vom *Sonderfall-Mythus* beeinflusst. So werden wohl manche Stimmbürger alle sachlich-nüchternen Argumente, die für einen Beitritt zur UNO sprechen, unwirsch verdrängen und in einer gefühlsgesteuerten *Abwehrhaltung* verharren, bei der die Vergangenheit wichtiger erscheint als die Zukunft und das Misstrauen gegenüber dem Wagnis überwiegt.

Das gilt paradoxerweise nicht zuletzt für viele weltkundige Wirtschaftsleute, die vom internationalen Güter- und Geldverkehr leben, denen aber die Brüderschaft der internationalen Funktionäre und ihr wachsender Ein-

fluss vielleicht gerade deswegen wenig Sympathien erweckt. Doch dürfte es auch für zahlreiche andere gute und patriotisch gesinnte Eidgenossen zutreffen. Oder ist das alles nicht mehr als ein Reflex der Reichen, ihre Haustüren gegenüber den Ärmeren zuzuschliessen? Damit wären wir aussenpolitisch gewissermassen zu *Geiseln unseres eigenen Wohlstands* geworden.

Die Abwehrhaltung entspringt nicht nur der während zwei Weltkriegen erprobten *Neutralitätsmaxime,* sondern tieferen Motivschichten: einem gelegentlich bis zur Risikoscheu ausgebildeten *Sicherheitsbedürfnis* und einem *Perfektionsstreben,* das die weite Welt etwas überheblich an den eigenen geordneten Verhältnissen misst. Dass die UNO letztlich in dieser unvollkommenen Welt weder Sicherheit noch Perfektion garantieren kann, lehren viele Erfahrungen der letzten Jahrzehnte. Niemand kann daher von einem Beitritt Wunder erwarten.

Bei der *älteren Generation* sind immer noch deutliche Spuren des *Reduitdenkens* vorhanden, das aus der Not von 1940 eine Tugend machte. Wenn auch von fünf heute lebenden Schweizer Stimmberechtigten nur einer zur Zeit des Rütlirapports von General Guisan im Sommer 1940 schon über zwanzigjährig war, wirkt die Symbolkraft jenes mutigen Appells immer noch nach. Für die *jüngere Generation* ist das weit entfernte Geschichte, selbst wenn die Medien sie kritisch oder vaterländisch betont wachzuhalten suchen. Aber auch bei jüngeren Leuten sind *Abwehrreflexe* festzustellen, die möglicherweise durch das Reisen in ferne Länder noch bestärkt werden: nach der Rückkehr wirkt das Fremde eben oft nicht solidaritätsfördernd, sondern bekräftigt das Trennende. Dies wird auch durch die Haltung gegenüber Gastarbeitern oder Flüchtlingen bestätigt. Mit internationalistischer Pathetik lässt sich dagegen wenig ausrichten. Der Schweizer neigt äusserlich eher zu einer *sachlich drapierten Argumentation,* bei der Gefühle nur unterkühlt durchschimmern dürfen: dennoch sind sie latent vorhanden. So trifft auch für den helvetischen Sonderfall-Mythus zu, was Johan Huizinga 1944 allgemein geschrieben hat: «In unserem Heimweh nach einer schöneren Vergangenheit steckt immer etwas von der bezaubernden Lüge der alten bucolischen Poesie.»

Der Rat zum Abseitsstehen findet *Zeugnisse über fünf Jahrhunderte* hinweg, vom «Stecket den Zun nit zu wit» eines Niklaus von Flüe von 1481 über die Lehren aus der Niederlage von Marignano von 1515 bis zu Carl Spittelers Rede von 1914 über den Schweizer Standpunkt und zur geistigen Landesverteidigung von 1941. Seither ist der «Sonderfall Schweiz» immer wieder erörtert worden. Karl Meyer, Werner Näf, Karl Schmid, Adolf Guggenbühl, Peter Dürrenmatt, Jean-Rudolf von Salis, Kurt Guggenheim, Herbert Lüthy, Denis de Rougemont, Edgar Bonjour, Max Frisch, Friedrich Dürrenmatt und Peter Bichsel, das sind nur einige Namen aus

einer viel längeren Liste von Autoren, die sich allein seit dem Ersten Weltkrieg mit diesem Gegenstand befasst haben. Dazu etwas Neues beitragen zu wollen, wäre höchst unbescheiden, wenn die Gegenwart, in der wir leben, nicht *neue Fragen* stellen würde.

Im Vordergrund steht dabei die oft zu hörende Vermutung, unser Land sei in dieser mitten in einer technologischen und strukturellen Revolution befindlichen Welt zu klein geworden, um sich weiterhin so *souverän* gebärden zu können, wie dies unserem Staatsmythus entspricht. Fred Luchsinger sagte dies mit aller Deutlichkeit: «Der krasseste Anachronismus, den wir uns leisten könnten, wäre die Meinung, wir könnten abseits stehen oder wir stünden abseits. Wir sind, auch als Neutrale, mitten drin.» Eine insulare Existenz, sozusagen als *Museumswärter* einer entschwundenen europäischen Vergangenheit, gehört daher zu den Dingen der Unmöglichkeit.

Auslegeordnung des Sonderfalls

Wenn vom «Sonderfall Schweiz» die Rede ist, dann enthält dessen Auslegeordnung insbesondere *acht traditionelle Bereiche* mit Eigenheiten, die unseren Kleinstaat von andern Ländern deutlich unterscheiden:

— Die *direkte Demokratie,* bei der die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen ihre Funktion als Opposition zur «classe politique» meist mit Nutzen für das Ganze ausüben; das Besondere sind die zahlreichen Abstimmungen über *Sachfragen* und die *geringe Autoritätsgläubigkeit.*

— Der *föderalistische Aufbau* mit den sogenannt souveränen Kantonen und ihren autonomen Gemeinden zu einer *Willensnation* aus unterschiedlichen Sprach- und Konfessionsteilen, womit genügend zentrifugale Kräfte abgefangen werden, um den Gesamtstaat führungsfähig zu erhalten.

— Die *aussenpolitische Neutralität,* die nicht Selbstzweck ist, sondern rationales Mittel zur Erhaltung der Unabhängigkeit gegenüber den im Laufe der Geschichte wechselnden Machtkonstellationen und Bedrohungen.

— Die als Selbstverständlichkeit empfundene *Landesverteidigung* durch eine Milizarmee, deren gegen 600 000 Dienstpflichtige ihre persönliche *Waffe* zu Hause aufbewahren.

— Die *konservative Grundhaltung* eines fleissigen Volkes mit relativ geringen Klassenunterschieden, das sich mehrheitlich bewusst ist, dass nur verteilt und genossen werden kann, was zuvor erarbeitet wurde, und das sich nur schwer zu Änderungen der staatlichen Institutionen bereitfindet: Neuerungen müssen erdauert werden, wobei *Sachüberlegungen* wichtiger sind als Ideologien oder politische Führerweisheit.

— Die *politische und wirtschaftliche Stabilität,* die nicht zuletzt auf dem Erfahrungsfundus eines Bauernvolkes beruht, das dem *Arbeitsfrieden* und einer *soliden Finanzgebarung* einen höheren Stellenwert einräumt als dem dramatischen Rollenspiel kritischer Intellektueller

— Das *breite Ausbildungssystem,* welches intensiv darum bemüht ist, die *Chancengleichheit* anzustreben und das Übergewicht einer dünkelhaften akademischen Elite zu verhindern.

— Die *aufgefächerte Wirtschaftsstruktur* mit zahlreichen lebenskräftigen kleinen und mittleren Unternehmungen, in denen trotz aller Konzentrationstendenzen auch heute noch zwei von drei Erwerbsfähigen arbeiten; umgekehrt kann von einer absoluten Dominanz weniger privater oder staatlicher Grosskonzerne, wie sie in manchen Ländern anzutreffen ist, keine Rede sein.

Zugegeben: diese Auslegeordnung riecht penetrant nach sonntäglicher *Selbstbeweihräucherung.* Sie kann sicher nicht ohne Korrekturen im Raum stehen bleiben. Recht oft klafft ja eine Lücke zwischen dem, was Patrioten oder ausländische Bewunderer von der Schweiz halten, und dem, was sie wirklich ist. Mit Recht warnte J. R. von Salis vor Fehleinschätzungen: «Die Wirklichkeit sieht so aus, dass wir die Bedeutung unseres Wirtschaftspotentials, unserer Kapitalkraft und unseres Welthandels nicht *unter*schätzen, unsere politische und moralische Bedeutung in der Welt aber nicht *über*schätzen sollten.» Tatsächlich beträgt unser Bevölkerungsanteil nur 1½ Tausendstel der Weltbevölkerung, während unsere Ausfuhr 1⅓ % des Weltexports und unser Sozialprodukt 1 % des Weltsozialprodukts erreichen.

So wenig solche Relationen Anlass zur Überheblichkeit sein dürfen, so wenig müssen wir uns des erreichten und einigermassen gerecht verteilten *Wohlstands* schämen. Alternative Armutsapostel und Konsumfeinde vergessen zu leicht, dass es meist nur den Reichen Spass macht, zeitweilig wie Arme zu leben. Aber es ist wohl doch gut, dass die Welt von uns weniger Kenntnis nimmt, als wir gelegentlich annehmen: sie kann nämlich auch an unserem Wesen kaum genesen, und wenn manche uns auch höflich loben, so begegnen uns doch andere mit jenem unverhohlenen Neid, den man *Musterschülern* entgegenbringt.

Insofern können die Wünsche, von der Generalversammlung und vom Sicherheitsrat der UNO expressis verbis eine feierliche *Anerkennung* unserer immerwährenden *Neutralität* und damit unseres Sonderfalls zu erhalten, von der Sünde der Naivität nicht freigesprochen werden. Unser Kleinstaat ist für die übrigen 998½ ‰ der Weltbevölkerung kaum so wichtig, dass sie ihm willentlich einen Sonderstatus gewähren werden. Dazu kommt, dass die Mehrheit der über 160 Mitgliedstaaten der UNO nicht das geringste Verständnis für Begründungen aufbringen dürfte, die bis auf den Wiener Kongress von 1815 zurückreichen: eurozentrische Phraseologien passen schlechterdings nicht mehr in unsere Zeit. Bestenfalls können wir unser allfälliges Beitrittsgesuch mit *Erklärungen* über unsere Neutralitätspolitik versehen und hoffen, die UNO nehme davon Kenntnis.

Juristisches Denken und pragmatisch politisches Handeln sind *zweierlei Kategorien,* die sich nicht immer zur Deckung bringen lassen. Deshalb ist es schade, dass die UNO-Frage vorwiegend von Rechtsgelehrten und Diplomaten erörtert wird, während die davon mindestens so sehr betroffene Wirtschaft im Abseits bleibt.

Widersprüchlichkeiten mit unterschiedllichen Klangfarben

Nun hat das Wort vom Sonderfall, das in unserer politischen Tradition eine so grosse Rolle spielt, zweifellos *zweierlei Klangfarben,* helle positive und dumpfe negative.

Die *positive Seite* wird eher von der älteren und reiferen Generation empfunden, die nicht mehr nach Absolutem und schon gar nicht nach einem «neuen Menschen» strebt, sondern Sinn für die Relativitäten der gesellschaftlichen Mechanismen gewonnen hat. Sie ist sich in ihrem Pragmatismus bewusst, dass unser differenziertes Staatswesen nicht ohne *Kompromisse* auskommen kann, weil es aus lauter *Minderheiten* zusammengesetzt ist. So können wir es uns nicht leisten, von Minderheiten oder «Bruchteilen» abzusehen, sondern bedürfen ihrer Zustimmung oder zumindest ihres Stillschweigens, um politische Änderungen herbeizuführen. Das ist ein Prozess, der nicht Mut und noch weniger Mutwille, sondern viel *Geduld* verlangt.

Als Gefühlselement entspringt die Verteidigung des Sonderfalls dem Wunsch, trotz der *Kleinstaatlichkeit* etwas Besonderes zu sein: «klein, aber fein» ist eine beliebte Parole. Dabei suchen wir aus der weltwirtschaftlichen Verflochtenheit gern den Fünfer und das Weggli zu gewinnen, ohne uns zu stark mit dem Ausland solidarisieren zu müssen. *Ideale* lassen sich im politischen Tagesgeschäft nur verkaufen, wenn man ihnen einen *materiellen Nutzen* zuzuschreiben weiss. Viele Schweizer gefallen sich dabei in einer prinzipiellen Defensive gegen alles, was aus den grossen Bürokratiezentren kommt, sei es nun aus Brüssel oder aus New York. Dass namentlich die «verwaltete Systemlosigkeit», die in Europa durch mannigfache Interventionen zur Erstarrung beiträgt, manche Gründe für berechtigte Zweifel liefert, lässt sich freilich nicht bestreiten.

Oft kompensieren wir allerdings unsere scheinbar fast geschichtslos gewordene Existenz mit einer *schulmeisterlichen Kritik,* die weder den Osten noch den Westen, weder den Süden noch den Norden verschont. So erteilen wir ungefragt Noten, wo es uns eher anstehen würde, die meist schwierigere Umwelt der andern besser kennenzulernen. Unsere Kritik mag gewiss oft nicht unrichtig sein, doch entstammt sie einem Denken und

Fühlen, das längst alle Leidenschaft – und häufig auch alle Mitleidenschaft – eingebüsst hat. Die Kritiklust des für den Weltlauf nicht verantwortlichen Neutralen entspringt indessen weniger seinen besonderen geistigen oder moralischen Vorzügen, als seinem *schicksalhaften günstigeren Standort*. Weiser wäre es daher, sich einer zurückhaltenderen Bescheidenheit zu befleissigen. Vielleicht trifft es zu, was Kurt Guggenheim feststellte: dass die Schweiz einst der Armut besser gewachsen war als heute dem Reichtum. Doch gilt das auch für andere Nationen.

Was aber unsere *Innenpolitik* betrifft, liegt sicher kein Grund vor, unsere bewährten Einrichtungen grundlegend umzubauen: grosse Würfe liegen hier nicht drin. Vorstellungen über eine parlamentarische Demokratie mit einem Wechsel von Regierung und Opposition, wie sie etwa von prinzipiell oppositioneller Seite gelegentlich geäussert werden, sind völlig weltfremd. Das Filigrangebilde unserer *ausbalancierter Kraftfelder* erträgt keine derartigen Vereinfachungen, geschweige denn eine allzu hektische Betriebsamkeit. Dabei haben sich allerdings *Rituale* herausgebildet, welche die politische und wirtschaftliche Entwicklung auch dort hemmen, wo es schadet. Vom gesunden Kompromiss zum üblen Kuhhandel, vom rücksichtsvollen Föderalismus zum egoistischen Partikularismus und vom gründlichen Ausdiskutieren zum blossen taktischen Rollenspiel mit seinen Zwängereien ist oft nur ein kleiner Schritt. Allzu häufig stehen hinter grossen Worten nur Geldbeutelgründe. So wird der individuelle oder regionale Spezialfall gern zum allgemeinen Sonderfall emporstilisiert. Aber damit sind wir in dieser Welt nicht allein. Es wäre immerhin denkbar, dass unsere Erfahrungen bei dieser Balancierkunst sogar der UNO zugutekämen.

Viele jüngere Mitbürger fühlen dagegen die *negative Seite* des Sonderfall-Klischees deutlicher, die etwa als «helvetisches Malaise» umschrieben wurde. Sie sind bedrückt von der Enge und Starrheit unserer Verhältnisse und beklagen den *vermeintlichen Anpassungsstau,* zu dem uns der «sanctus trampus» der bundesstaatlichen Institutionen angeblich verurteilt. Ihnen ist auch die Selbstgerechtigkeit mancher Zeitgenossen zuwider, die den gelegentlich verknöcherten Widerstand gegen jegliche Änderungen als Klugheit preisen, obwohl er oft nur einer verborgenen Angst vor dem Gang der Geschichte entspringt. Dabei geben sich die nach Neuerungen Strebenden freilich häufig viel zu wenig Rechenschaft über den Preis für die Verwirklichung ihrer absoluten Vorstellungen des «Alles oder nichts». Das lässt sie weniger konsensfähig sein als notwendig wäre, um politische Erfolge gegen die Mauern eines alten und ganz schön verjuristeten Staates zu erdauern. So entsteht ein Teufelskreis, der bis zur *Staatsverdrossenheit* führen kann, obwohl das noch nie zur Lösung von Problemen beigetragen

hat. Als Ventil muss derzeit vor allem ein fast grenzenlos verstandener Umweltschutz herhalten. Doch können daraus sehr wohl auch weitere *extreme Forderungen* hervorwachsen, welche die individuelle Freiheit unter den vermeintlichen Segnungen einer allwissenden Bürokratie zu ersticken drohen.

Manches aus dieser Unzufriedenheit rührt davon her, dass unter dem Einfluss aufgeregter Massenmedien seit etlichen Jahren wieder mehr als früher Postulate in unsere *politischen Traktanden* einfliessen, die beim *nördlichen Nachbarn* zur Tagesmode gehören, uns aber im Grunde wenig bewegen. Dienstverweigerung, Atomangst, sozialpolitische Wehleidigkeit, Mitbestimmung, Technikfeindlichkeit und «No future»-Kult sind einige Stichworte für diese Nachahmungswelle. Trotz aller Medienresonanz lässt sich jedoch die grosse Mehrheit hierzulande von dieser *geistigen Überdüngung* kaum übermässig beeindrucken. Auch die meisten Jugendlichen blicken durchaus *optimistisch in die Zukunft,* obwohl sie kritischer eingestellt sind als ihre Väter, was durchaus nicht von Nachteil ist. So oder so haben wir keinen Anlass, uns vom lautstarken Treiben der deutschen Politszene einen neuerlichen Minderwertigkeitskomplex anhängen zu lassen, wie er etwa zu Zeiten des Kaiserreichs manche unserer Schriftsteller, aber auch viele Bankiers und Industrielle, belastete.

Im Gegensatz zu zahlreichen andern Staaten, die nach *Freiheit, Wohlstand und Gerechtigkeit* streben, hat die Schweiz diese Ziele in erstaunlichem Ausmass erreicht: teils aus Glück, teils aus nüchternem Sachverstand, teils auch dank der überblickbaren Verhältnisse. Dass sie dennoch kein Paradies ist, ändert nichts an dieser Feststellung. So erschöpft sich das *nationale Ziel* gegenwärtig im *Überleben* als möglichst unabhängiger, einigermassen freiheitlich und föderalistisch organisierter und annähernd sozial gerechter Kleinstaat. Das *Bewahren* ist wichtiger geworden als das Erkämpfen. Das alles ist nicht gering zu achten. Aber es erscheint manchen so selbstverständlich, dass sie es als kleinkariert verhöhnen oder gar behaupten, unser Land habe seine geistigen Reserven und seine Phantasie weitgehend erschöpft: die Schweiz huldige einem *ideenarmen Konservativismus* mit zunehmend flacherem Profil. *Selbstkritik* sei daher wenig, oft zu wenig gefragt, während das Lob der herrschenden Zustände und der obrigkeitlichen Weisheit zur säuerlichen Langweile unserer Politik beitrage. Ein wahrer Kern ist solchen kritischen Gedanken kaum abzusprechen, zumal die Anforderungen der heutigen Leistungs- und Wohlfahrtsgesellschaft durchaus nicht nur Honiglecken bringen. Doch sollten darob die unbestreitbaren Erfolge nicht übersehen werden, die uns die vorsichtige Zurückhaltung und der Hang zu kleinen Schritten beschert haben.

Während im ganzen der Glaube an den Sonderfall und das Wissen um

seine Gefährdungen die *älteren Stimmbürger* gegenüber der UNO skeptisch stimmt, stehen ihr die *jüngeren,* die den Sonderfall-Mythus kritischer beurteilen, eher aufgeschlossener gegenüber. So verlaufen die Trennlinien *quer durch das Parteienspektrum.* Dabei sind zwei Gegenläufigkeiten allerdings schwer einzuschätzen, einerseits die fortgeschrittene Verstädterung, anderseits die Überalterung. Seit 1920 hat der Anteil der städtischen Bevölkerung von 28 % auf 44 % zugenommen, während von 100 Stimmberechtigten heute 28 über 60jährig sind, gegenüber damals nur 16. Als Befürworter des UNO-Beitritts wird man dies nicht übersehen dürfen. Mindestens so entscheidend dürfte aber der Umstand sein, dass der heute bevorstehende Entscheid über vierzig Jahre nach der Gründung der UNO gefordert wird, wogegen die Zeitgenossen von 1920 noch voll unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs und des Siegesdiktats von Versailles standen.

Gefährdungen des Sonderfalls

Seit einigen Jahren befindet sich die Menschheit wieder in einem *geistigen und materiellen Umbruch.* Sie erlebt die dritte grosse Häutung dieses Jahrhunderts, nach der Zäsur des Ersten Weltkriegs und nach der Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre und ihren verheerenden Folgen im Zweiten Weltkrieg. Der Umbruch lässt sich an einer Reihe von Entwicklungen ablesen, welche die *Labilität* der unsicher gewordenen *Wertvorstellungen* erhöhen.

Das *Nord-Süd-Problem* wird wegen der Bevölkerungsexplosion und der Überschuldung im Süden mindestens ebenso wichtig wie der Ost-West-Gegensatz. *Elektronik und Biochemie* revolutionieren die auf der herkömmlichen Mechanik basierende Industrie und Dienstleistung, wobei die Software-Innovation in jeder Hinsicht teurer wird als die Hardware-Entwicklung. *Ökologie und Ökonomie* werden zu gleichwertigen Zielen, die sich nur durch eine gleichgewichtige Politik verwirklichen lassen. Der Drang nach sozialer Gerechtigkeit fördert das *Kollektive* auf Kosten des *Individuellen* und findet Ausdruck in einer weltweit wachsenden öffentlichen und privaten *Bürokratisierung:* ein neuer Adel ist allenthalben im Entstehen begriffen. Je wohlhabender die westlichen Industrieländer werden, desto mehr blüht innen und aussen das *Geschäft mit dem Neid,* angefacht durch das auch bei uns anzutreffende gefährliche Vergessen des gesunden Grundsatzes «pour vivre heureux, vivons cachés».

Das alles erzeugt eine *Überforderung von Bürger, Staat und Wirtschaft.* Die herkömmlichen Rahmenbedingungen lockern sich, zumal der Übergang zu flexiblen Wechselkursen die Wirtschaft dies- und jenseits der

Meere Wechselbädern aussetzt und die technologische Revolution den zuvor verzögerten – und da und dort wohl auch verschlafenen – Strukturwandel drastisch beschleunigt. Die Zukunftschancen sind auch für die Schweiz nicht mehr kostenlos erhältlich, sondern müssen wieder neu errungen werden. Was bedeutet das für die acht Fächer der *Auslegeordnung unseres Sonderfalls?*

— Die *direkte Demokratie* leidet unter der von den Medien oft gleichgerichteten *Informationsflut,* aber auch unter der von Verwaltung und Verbänden orchestrierten *Sachzwangherrschaft:* manche Stimmbürger glauben, man befrage sie nur noch über Nebensächliches, und flüchten in die Stimmabstinenz.

— Der Drang nach immer gerechteren und sichereren Lösungen fördert die *Gesetzesflut* des Bundes und korrumpiert die Glieder des föderalistischen Aufbaus; soviel es auch bestritten wird, besteht doch in manchen Kantonen ein fühlbarer *Vollzugsnotstand,* wobei die Rechtssicherheit für den einzelnen Bürger durch Lotterieelemente unterhöhlt wird.

— Die *Neutralität* ist zwar als aussenpolitische Richtschnur unangefochten, verliert aber angesichts der weltwirtschaftlichen Verflechtung und der ideologischen Mächtegruppierungen an Eigengewicht: die Schweiz kann sich aus ihrer *Einbettung in Westeuropa* nicht abmelden und wird daher nolens volens von dessen Entwicklungen mitbetroffen.

— Die *Landesverteidigung* begegnet vermehrter Anfechtung von seiten utopischer Friedenskämpfer; was aber wichtiger ist: sie kommt allmählich jenen *technologischen Grenzen* näher, die für eine Milizarmee schweizerischen Zuschnitts ohne grundlegendes Überdenken der Strukturen noch erträglich erscheinen.

— Die *konservative Grundhaltung* ist wohl noch vorhanden, zeigt aber deutliche *Abbröckelungen,* und zwar ungeachtet der Parteienlandschaft: die Schweizer sind nicht mehr ganz so konservativ, so solid, so bescheiden und so fleissig, wie das noch vor einer Generation der Fall war, und gelegentlich überschattet der *Polarisierungsdrang* die heilsame Gewohnheit des Grundkonsenses über die existentiellen Wertvorstellungen.

— Die *politische und wirtschaftliche Stabilität* ist höheren Belastungsproben unterworfen als früher, nicht nur von der Währungs- und Verschuldungspolitik her, sondern auch aus technologischen Gründen: die Schweiz marschiert nicht mehr überall an der Spitze des technischen Fortschritts, sondern ist gewissermassen ins *europäische Glied* zurückgefallen, das zudem in langsamerem Freimarsch vorangeht als die zukunftsfreudigeren Kräfte in den Gravitationszentren der USA und Japans.

— Das *Ausbildungssystem* ist zwar nach wie vor gut, aber nicht frei von *Verknöcherungen,* indem die *Berufsbilder* von gestern zu langsam von jenen für morgen abgelöst werden; sichtbar ist das an der verspäteten Forcierung der *Informatik- und Elektronik-Ausbildung* sowie an den ungenügenden Anstrengungen bei der *Umschulung.*

— Die *aufgefächerte Wirtschaftsstruktur* hat sich auch in den jüngsten Rezessionsjahren gut bewährt, bedarf aber nun dringend verbesserter Rahmenbedingungen, um unsere Standortsnachteile auszugleichen: eine zielbewusste *Deregulierung* wäre für viele unter der Administrationssucht leidenden Unternehmungen erwünscht.

Aus dieser *Lagebeurteilung* lässt sich erkennen, dass die Vorteile des «Sonderfalls Schweiz» immer noch da sind, dass sie aber allmählich *von aussen und von innen her eingeebnet* werden. Eine zukunftsbewusste Renaissance muss in erster Linie von den kleinen Einheiten her kommen, vom einzelnen Menschen und von den einzelnen Unternehmungen her. Doch sollte auch die Öffentlichkeit das ihre tun und dabei die Prioritäten der Staatstätigkeit überdenken, die vom blossen Aktionismus wegkommen sollte. Es geht nicht darum, dass der Staat der Wirtschaft und den einzelnen Bürgern mehr *hilft,* sondern dass er sie von übermässigen und perfektionierten Eingriffen und Belastungen *befreit.* Der Kleinstaat weist wohl manche Nachteile auf, doch zieht er auch Nutzen aus seinen *überblickbaren Verhältnissen.* Hier liegen Vorzüge, die sich noch besser ausschöpfen liessen, wenn man vermehrt den Mut aufbrächte, nicht alles und jedes minutiös regulieren zu wollen.

Eine Gefahr bildet allerdings, wie schon angetönt wurde, die *Kritiklosigkeit,* mit der manche Schweizer sich selber gegenüberstehen. So glauben sie an die Segnungen des Sonderfalls, ohne an dessen Weiterentwicklung mitzuarbeiten. Oder sie suchen im Ausland nach Beispielen, die uns selber bestätigen, indem sie die Schwächen der andern ausleuchten, statt aus deren Stärken zu lernen: das gilt nebenbei auch für manche Japanreisende. Das stereotype Eigenlob hilft uns auf die Dauer so wenig wie der von Extremisten kultivierte Masochismus, um die von *aussen* eindringenden Einflüsse zu mildern. Aber mit gutem Willen lassen sich doch manche *inneren* hausgemachten Schwächen überwinden. Dazu ist es notwendig, hin und wieder über den eigenen Traditionsschatten zu springen und der *Freiheit* einen grösseren Spielraum zu geben als der allzu lange fast ausschliesslich angestrebten bürokratisch verwalteten *Gerechtigkeit. Initiative* und *Innovationsfreude* lassen sich nicht durch Paragraphen fördern, sondern gedeihen nur in einem freiheitlichen Klima, in dem ihre Früchte geschätzt und nicht verurteilt werden.

Die Bewahrung und wenn möglich Erweiterung der inneren Freiheit enthebt uns jedoch nicht von den *äusseren Sachzwängen.* Nichts wäre lächerlicher, als uns selbst zu überschätzen und zu glauben, ein Fernbleiben von der UNO brächte auf die Dauer keinerlei Nachteile.

Beitritt zur UNO – ja oder nein?

Beklemmend wäre es, wenn unsere Analyse gezeigt hätte, dass die Vorzüge des «Sonderfalls Schweiz» gänzlich der Vergangenheit angehörten. Das trifft glücklicherweise nicht zu. Als Teil Europas bleiben wir zwar von

dessen schleichendem Niedergang nicht ganz verschont. Aber manche *Vorteile* sind uns doch geblieben: die Stabilität der inneren Verhältnisse, der Arbeitsfrieden, die Gesprächsbereitschaft unter den Sozialpartnern, aber auch zwischen Behörden und Bürgern, das Streben nach Qualität und die Integrität von Führung und Verwaltung.

Das verschafft uns keineswegs die Stellung von Wunderknaben, aber es bildet die Voraussetzung, um als rohstoff- und ressourcenarmes Land zu überleben, und zwar gut zu überleben. Wir werden allerdings aus eigener Kraft *Leistungen* erbringen müssen, die der Weltmarkt erwerben will und kann. Deren Erlös sollte uns erlauben, eine *Gleichgewichtspolitik* weiterzuführen, die dem Wohlstand wie der Lebensqualität und dem Umweltschutz zu ihrem Recht verhilft. Wenn wir dabei noch etwas beweglicher und vielleicht auch etwas weniger selbstgerecht werden, dann kann das nichts schaden, im Gegenteil: hin und wieder neigen wir dazu, uns mit den Problemchen der Innenpolitik vor der Welt ein wenig lächerlich zu machen, die ganz andere existentielle Sorgen hat und unsere fast professionell gepflegte Wehleidigkeit kaum begreift. Der Kult des Sonderfalls ist jedenfalls weniger denn je dazu geeignet, uns vom Weltgeschehen zu dispensieren.

Dieses *Weltgeschehen* wird aber heute, ob uns das passt oder nicht, zu einem guten Teil in den supranationalen Organisationen abgehandelt, die unter dem *Dach der UNO* zusammengefasst sind. Gewiss, die Politik der *Weltmächte* bewegt sich darüber hinaus noch auf andern Ebenen, zu denen uns jegliche Eintrittskarten fehlen. Aber gerade deshalb ist es für uns wie für alle andern kleineren Staaten wichtig, in einer weltweiten Organisation zumindest zu Gehör zu kommen und unsere Interessen in deren Konzert wahrnehmen zu suchen.

Nun ist zwar das Geflecht unserer *aussenpolitischen Beziehungen* in der Nachkriegszeit kräftig ausgedehnt worden. Doch entspricht es im Grunde genommen noch einem *Grundmuster von vorgestern*. Die nüchterne Realität gebietet, auch hier zu rationalisieren. Warum sollen wir mit den zahlreichen andern Ländern bloss bei ihnen zuhause verkehren, wenn wir alle auf dem New Yorker, Genfer oder Wiener *UNO-Marktplatz* gleichzeitig antreffen können? Für die meisten unter ihnen sind wir nicht so wichtig, dass sie auch an uns denken, wenn wir abwesend sind. Der blosse Beobachterstatus reicht dazu nicht aus: Clubgäste sind nicht dasselbe wie Clubmitglieder. Das gilt auch für Institutionen wie den Währungsfonds, die Weltbank oder den sogenannten «Zehnerclub». Was zu unsern innenpolitischen Grundregeln gehört: sich dem Gespräch nicht zu verweigern, das muss auch aussenpolitisch gelten. Warum sollen wir uns denn weiterhin gegen aussen als elitärer Sonderfall aufspielen, von dem nur wir selber überzeugt sind, der aber allen andern weniger wichtig erscheint? Zudem

dürfen wir die Bedeutung jener «*camaraderie des fonctionnaires*» nicht übersehen, die in manchen internationalen Fragen, die unterhalb der Schwelle grosser Entwürfe liegen, zu praktischen Lösungen führen kann. Bei weitem nicht alle Traktanden, die in der UNO die Gemüter bewegen, sind von so grosser Bedeutung, dass das nationale Prestige ins unheilvolle Nullsummenspiel führt. Ein Kleinstaat wie die Schweiz ist aber darauf angewiesen, auch bei kleineren Problemen direkt oder mit Experten mitreden zu können und sich so zumindest gleiche Chancen zu wahren. Davor sollten wir uns auch durch den unvermeidlichen Leerlauf mancher diplomatischer Mühlen nicht abschrecken lassen. Es sind daher in erster Linie rein *praktische Überlegungen,* die für einen Beitritt sprechen. So wäre es klug, die Abstimmungsdiskussion nicht unter zu hehren Titeln zu führen, sondern als kühle *Sachfrage.*

Ob und wie weit es uns gelingt, unsere Eigenständigkeit und insbesondere unsere *Neutralität* zu wahren, hängt nicht von der UNO ab, der die faktische Garantiekraft dazu fehlt, sondern von uns selber. Es wäre zuviel von den andern Staaten erwartet, wenn sie sich auch nur mit mittlerer Priorität mit unserer Alpenrepublik befassen müssten, deren *weltpolitisches Gewicht* nun einmal *bescheiden* bleiben wird. Die Zeiten, in denen sich ein Bundesrat Motta im Völkerbund in Genf zu erstrangigen weltpolitischen Fragen äussern konnte und durfte, gehören endgültig der Vergangenheit an. Zu Profilierungsübungen sollten sich jedenfalls schweizerische Bundesräte in der UNO auch nach einem Beitritt nicht hinreissen lassen. Kluge *Kulissenarbeit* verspricht jedenfalls auch hier mehr Erfolg als laute Lehrtätigkeit.

An die UNO-Frage mit *historischen* Überlegungen heranzugehen, die aus dem vergangenen Jahrhundert oder aus der Zwischenkriegszeit stammen, ist daher wenig sinnvoll. Die Welt wird von zuvielen Gegenwartsproblemen bedrängt, als dass sie solchen Dingen viel Beachtung schenken könnte: neun von zehn Diplomaten und Funktionären, die bei der UNO akkreditiert sind, dürften sich kaum viel für die europäische Geschichte zwischen 1815 und 1939 interessieren. Unsere Zukunft wird auch kaum davon abhängen, ob es gelingt, eine schön formulierte Resolution über unsere Beitrittsvorbehalte zu kriegen oder nicht. Die UNO misst sich letztlich nicht an ihren zahlreichen Resolutionen oder an ihren Idealzielen, sondern schlicht und einfach an ihrer Fähigkeit, *Gegenwartsforum* für Gespräche über *Gegenwartsprobleme* zu sein. Sicher würde ein Verzicht auf den Beitritt unserer Neigung für das Restaurative entsprechen. Er wäre ein Beispiel mehr für das, was Karl Schmid den Zug zur *Gegenläufigkeit* genannt hat, dem unser Land immer wieder gefolgt ist. Aber es wäre eine Politik, die uns um manche Möglichkeiten bringen würde, die internatio-

nalen Beziehungen auf rationelle und – auch hinsichtlich des nicht unerschöpflichen «brain capitals» – kostengünstige Weise zu verbessern.

Täuschen wir uns nicht: ein *ablehnender Volksentscheid* würde die Welt kaum mehr als zwei Wochen beschäftigen und uns da oder dort neben etlichem Kopfschütteln vielleicht gar noch kurzsichtiges Lob einbringen. Gravierende Folgen wären damit einstweilen kaum verbunden; eben auch *keinerlei Vorteile*. Die UNO kann keine Wunder vollbringen; es wäre unfair, das von ihr überhaupt zu verlangen. Aber sie kann mancherlei nützliche Dienste leisten, um so mehr als die laufende Entwicklung des Völkerrechts eben doch in ihrem Schosse vorangetrieben wird. Man darf die Kraft der vielen kleinen Dinge auch in dieser Hinsicht nicht geringschätzen. Wie alles Menschenwerk ist die UNO ein *Provisorium* und wird es noch lange bleiben. Mehr lässt sich von dieser Organisation mit über 160 höchst unterschiedlichen Mitgliedern weder fordern noch erhoffen. So gilt auch hier die Maxime Wilhelms von Oranien: «Point n'est besoin d'espérer pour entreprendre ni de réussir pour persévérer.» So ist es auch für die Schweiz an der Zeit, sich trotz allem zum *Beitritt zur UNO* durchzuringen und den Kult des Sonderfalls nicht als billige Ausrede zu missbrauchen, um sich darum herumzudrücken. Indirekt würden wir nämlich bei einer Ablehnung der Welt und – was vielleicht wichtiger ist – uns selber einreden, wir wären gewissermassen als auserwähltes Volk etwas ganz besonderes, anders als alle andern. Ein solcher Hochmut ist aber weder sachlich und moralisch gerechtfertigt noch für die politische und wirtschaftliche Zukunft klug und weise.

KABA STAR - kopieren gesetzlich verboten.

Wer KABA STAR-Schlüsselkopien unbefugt herstellt, macht sich strafbar. KABA STAR-Duplikate dürfen nur vom Werk und nur gegen Unterschrift der bezugsberechtigten Personen angefertigt werden. Das ist gesetzlich festgelegt. Durch in- und ausländische Patente. KABA STAR ist das Schliess-System, bei dem Sie ein wirklich sicheres Gefühl haben können. Auf lange Sicht. Mehr erfahren Sie bei Ihrem Beschläge- oder Eisenwarenhändler.

BAUER KABA

Bauer Kaba AG
Postfach
CH-8620 Wetzikon 1
Telefon 01/931 61 11
Telex 875481

KABA STAR. Denn Sicherheit beginnt beim Schloss.